

Nachhaltige Entwicklung

Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ ist viel älter, als oft angenommen wird. Schon 1713 stellte der kursächsische Oberbergmann von Carlowitz die durchaus ethisch gemeinte Forderung nach einer wortgetreu „nachhaltigen“ Nutzung des Holzbestandes als „waldwirtschaftliche Anweisung“ auf. Diese Einsicht wurde um die Wende zum 19. Jahrhundert von Georg L. Hartwig und Heinrich Cotta vertieft, als sie den Grundstein für den ressourcenökonomischen Ansatz des „sustainable yield“ legten (die jährliche Holzentnahme soll das Volumen der natürlich nachgewachsenen oder neu gepflanzten Bäume nicht überschreiten).

Der Club of Rome mit seinem Bericht „Grenzen des Wachstums“ (1972) und der Bericht „Global 2000“ an den US-Präsidenten Jimmy Carter (1980) sorgten für eine neue Diskussion über die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht, Hauff 1987) führte das Konzept „nachhaltige Entwicklung (NE)“ (*sustainable development*) ein und sorgte seitdem für einen regelrechten Boom im öffentlichen Diskurs, wissenschaftlichen Interesse, entwicklungspolitischen „Geschäft“ und unternehmerischen Marketing von NE. Die Definition des Brundtland-Berichts wird jedoch meist nur unvollständig wiedergegeben („Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“) und damit der zweite Grundgedanke unterschlagen, der die biophysikalischen Grenzen technologischer und gesellschaftsorganisatorischer Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Umwelt betont („Beschränkungen, die der Stand der Technologie und sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen“) (Hauff, 1987: 46).

Das Adjektiv „sustainable“ wird mit Bezeichnungen wie „dauerhaft“, „zukunftsfähig“, „tragfähig“, „systemisch-existenzfähig“, „generationengerecht“ uneindeutig übersetzt. Die großen, sozusagen politisch „institutionalisierten“ Ausgangs- und Durchlaufstationen dieser begriffsinflationären Dynamik im Produzieren, Übernehmen und Missbrauch (etwa für den Börsenhandel von Zertifikaten) diverser Termini, Bedeutungen und Sinnaneignungen bildeten die genannten Berichte, die Erdgipfel der UN für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und Johannesburg 2002 mit ihren Strategiedokumenten (*Agenda 21*, etc.), sowie die jährlichen Weltkonferenzen zum

globalen Klimaschutz (COP). Dazu kommen auf allen Ebenen eine Vielzahl von Initiativen im Bereich des Politikestablishments (so auch die seit Ende der neunziger Jahre eigenständig aktiv gewordene EU), der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (UNEP, UNDP, GTZ, etc.), der Privatwirtschaft mit ihren Lobbyverbänden (wie des Weltunternehmerrats für NE – WBCSD) und nicht zuletzt der Zivilgesellschaft (wie die lokalen „Agenda 21“-Projekte).

Auch die international vernetzte Forschung an Hochschulen und Politikberatungsinstituten beschäftigt sich seit Anfang der 1990er Jahre mit der Frage, wie die komplexe Wechselbeziehung zwischen Umwelt, Ökonomie und Gesellschaft (soziale Gerechtigkeit) besser verstanden und entwicklungsstrategisch hin zur integrativen Nachhaltigkeit orientiert werden könne. So werden innerhalb der sog. *Sustainability Science*, etwa der Ökologischen Ökonomik, meist thermophysikalisch fundierte Debatten geführt, ob eine *schwache* (vertreten durch die *mainstream*-Umweltökonomie) oder eine *starke* Nachhaltigkeit (mit Betonung auf ökosystemische Grenzen für den human induzierten Durchfluss von Materialien und Naturressourcen) zu gelten habe. Während die erstere dann gewährleistet wäre, wenn das monetär bewertete Aggregat aller involvierten Kapitalformen („Natural-, Produktiv-, Sozial-, Humankapital“) konstant gehalten würde, fordert die letztgenannte Version, normativ vorgegebene und mit Indikatoren (ohne fragwürdige Neubewertungen) zu messende Mindeststandards in jedem einzelnen Systembereich (mit der Natur als lebenserhaltendes und prioritär zu bewahrendes Übersystem) strikt einzuhalten.

Dies verweist auf die jetzt verbreitete Konzeptualisierung nachhaltiger Entwicklung als Drei-Säulen-Modell, in welchem ökologisch die biophysikalische Natur und Umwelt zu erhalten, ökonomisch die Produktion und Wirtschaftsweise ressourcenschonender und tragfähig für zukünftigen Wohlstand zu managen und sozial die Inklusion aller sowie die Gerechtigkeit von Einkommen, Bildung und Sozialleistungen innerhalb der gegenwärtigen sowie zwischen dieser und der kommenden Generation zu gewährleisten gilt.

Aufgrund interessegeleiteter Verkürzungen wird in der Praxis gesellschaftlicher Konfliktaustragung implizit (teilweise auch strategisch gewollt) das eine gegenüber dem anderen komplementären Standbein bevorzugt bzw. ausgespielt. So wird im sog. *Nachhaltigen Unternehmensmanagement* NE auf die allseits propagierte Öko-Effizienz reduziert, d. h. auf bessere Nutzungseffizienz von Energie und Material sowie auf *cleaner production* (Emissions- und Reststoffreduzierung), dies aus primär profitbedingten Gründen des modernen Kostenmanagements, und darüber hinaus des grünen *Marketings*. Doch auch die im Umfeld des Wuppertal-Instituts – Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* – geführte Debatten über Leitbilder der Effizienz, Suffizienz und des

sozialökologischen Strukturwandels sind primär stoffanalytisch ausgerichtet zulasten einer fehlenden Fundierung auf Befunden der sozialen Theorie und gesellschaftlichen Transformation. Das letztere gilt in noch krasserem Maß für den eklektischen *statement*- und Handlungsbedarfsstil, in dem vermeintliche Strategien nachhaltiger Entwicklung der Bundesregierung („Perspektiven für Deutschland“, April 2002; „Wegweiser Nachhaltigkeit“, Sommer 2005, „Fortschrittsbericht 2008“) sowie der EU (*Lissabon-Strategie, Aktionsprogramm von Göteborg 2001*) formuliert sind.

Normativ betrachtet könnte die Berechtigung des Konzeptes der Nachhaltigkeit angesichts von Klimaveränderung, Ressourcenkonflikten, Artenvielfaltszerstörung, Armutszunahme, Ernährungskrisen, Finanzkollapsen und imperialen Bedrohungen durch Krieg und Ausgrenzung im Rahmen der sozioökonomischen Ungleichheiten des globalen Kapitalismus als evident erscheinen – und dies eigentlich noch dringender als vor 15-20 Jahren. Jedoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es derzeit – global, regional wie national – in erster Linie um hektisch reagierende Abmilderung von Katastrophenfolgen und leitbilddefizitäres Krisenmanagement geht. Dies – wie etwa das Handeln in der aktuellen Finanzkrise – eine proaktive, präventive, zukunftsfähige Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse nennen zu wollen, also das, was auf NE hindeuten könnte, wäre schierer Sarkasmus.

Was auch für andere gesellschaftsanalytische Kategorien – wie z.B. für den Raum – gilt, trifft auch hier zu: Was NE konkret bedeutet, ist in allgemeiner abstrakter Begrifflichkeit nicht zu klären, sollen die Aussagen über Beliebigkeit und pure Absichtserklärung hinausgehen. Auch hier muss gefragt werden, wer Nachhaltigkeit wie und zu welchem Zweck propagiert und als Konzept bzw. Markenzeichen „produziert“. Erst dann scheint NE in Bezug auf die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse und Durchsetzungsbedingungen im sich transformierenden Kapitalismus relevant zu werden, indem ausgehend von diesen und auf diese verändernd wirkend die vorherrschende ungleiche Entwicklung zu einer sozioökonomisch-ökologischen Produktions- und Lebensweise überführt wird, welche zumindest normativ-ethisch den Namen NE verdient.

Edgar Fürst

Literatur

- BUND; MISEREOR (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel.
- Grober, Ulrich (2002): „Modewort mit tiefen Wurzeln – Kleine Begriffsgeschichte von ‘sustainability’ und ‘Nachhaltigkeit’“. In: *Jahrbuch Ökologie 2003*. München, S. 167-175.
- Hauff, Volker (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven (engl. 1987).